

Aus Bund und Ländern

Datenschutzbericht: Protest gegen Einheits-Nummer

BONN. Die Einführung einer einheitlichen allgemeinen Versicherten-Nummer (Sozialversicherungsnummer) für alle Zweige der Sozialversicherung ist nach Auffassung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Dr. Reinhold Baumann, rechtlich be-



Gegen die Einführung einer einheitlichen allgemeinen Versicherungsnummer für alle Zweige der Sozialversicherung hat sich der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Dr. Baumann, ausgesprochen. Foto: Bachert

denklich. Die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung gehegten Pläne sollten deshalb nicht weiter verfolgt werden, betonte er.

Bestätigt in seiner skeptischen bis ablehnenden Haltung sieht sich der Datenschutzbeauftragte auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz, das die Einführung eines einheitlichen Personenzeichens oder eines sonstigen Ordnungsmerkmals als einen entscheidenden Schritt dahin bezeichnet, den Bürger in seiner ganzen Persönlich-

keit zu registrieren und zu katalogisieren.

Baumann plädiert dafür, die in den verschiedenen Versicherungszweigen geltenden Ordnungsmerkmale beizubehalten.

Die Rentenversicherungsnummer dürfe nur als Kommunikationsmittel zwischen den Kassen und Rentenversicherung benutzt werden, soweit es „der Sache nach erforderlich ist“. Ihre Benutzung bei der gesetzlichen Unfallversicherung, namentlich beim arbeitsmedizinischen Dienst der Bau-Berufsgenossenschaften und im Rahmen anderer arbeitsmedizinischer Untersuchungen und außerhalb der Sozialversicherungen (etwa durch den Arbeitgeber) müsse weiter ausgeschlossen werden. HC

Es wird wieder mehr gekurt

BAD DRIBURG. Bis 1986 rechnet die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte mit rund 270 000 bewilligten Kuren pro Jahr. Einen Boom wie 1981 und 1982 mit rund 380 000 Anträgen werde es jedoch nicht geben, da die seit 1982 geltenden gesetzlichen Regelungen dies nicht zulassen. Nach den beiden Rekordjahren mußte die BfA einen rund dreißigprozentigen Rückgang der Anträge verzeichnen.

Nachdem die BfA in den letzten Jahren rund 8800 Betten in Kurheimen und Vertragskliniken gekündigt hatte, beginnt sie wieder, den Bettenbestand behutsam aufzustocken. Anfang des Jahres 1985 standen ihr rund 21 000 Betten zur Verfügung. Bis Ende des ersten Quartals 1985 wolle man das Bettenkontingent um rund 17 Prozent vergrößern, erklärte der Präsident der BfA, Klaus Hoffmann. jv

Pflegeversicherung: Bisher noch kein grünes Licht

KÖLN. Immer noch nicht formal gebilligt hat das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen in Berlin die vom Verband der privaten Krankenversicherung am 11. Dezember 1984 beschlossenen „Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Pflegekrankenversicherung“. Gleichwohl haben verschiedene Unternehmen Entwürfe einer speziellen Pflegekrankenversicherung auf der Basis der verbandseinheitlichen Muster-(Mindest-) Bedingungen angekündigt oder schon fertiggestellt. Zur Zeit hat der PKV-Verband noch keinen Überblick darüber, wie viele der 41 Mitgliedsgesellschaften des PKV-Verbandes tatsächlich Tarife zur privaten Pflegekrankenversicherung anbieten werden. EB

Freie Berufe: Mehr Ausbildungsplätze!

BONN. Nachhaltig unterstützt der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) den „Aufruf“ von Bundesbildungsministerin Dr. Dorothee Wilms, auch 1985 mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, als für den künftigen Bedarf an Ausgebildeten notwendig ist. Es wird damit gerechnet, daß 745 000 bis 765 000 Ausbildungsplätze 1985 gesucht werden.

Die Freien Berufe haben seit Jahren nahezu doppelt so viel Jugendliche ausgebildet, als sie für ihren eigenen Bedarf benötigen. Zur Zeit beschäftigen die 300 000 Angehörigen der Freien Berufe etwa 140 000 Auszubildende in ihren Praxen, Kanzleien, Ateliers und Büros.

Der BFB-Präsident Professor J. F. Volrad Deneke hat an die Selbständigen und die Angehörigen der freien Berufe appelliert, die im Jahre 1985 freiwerdenden Ausbildungsplätze unverzüglich neu zu besetzen und möglichst darüber hinaus neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Erst ab 1987 sei mit einem nachhaltigen Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für Schulabgänger zu rechnen. Um so mehr sollte allen Ausbildungsplatzsuchenden ein Ausbildungsplatz angeboten werden. EB

Mehr Investitionen im Krankenhausbau

HANNOVER. Die im Rahmen der gesetzlichen Neuordnung der Krankenhausfinanzierung durchgeführte Entflechtung der Mischfinanzierung zwischen Bund und Bundesländern wirke sich für die Krankenhaussträger vorteilhaft aus. Diese Überzeugung vertrat der niedersächsische Sozialminister Hermann Schnipkoweit.

Den Übergang der Verantwortung für den Krankenhausbau auf die Länder betrachte man in Niedersachsen als Verpflichtung, so der Minister weiter. Deshalb seien in der Haushaltsplanung des Landes in den Jahren 1985/86 für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie für die Wiederbeschaffung mittelfristiger Anlagegüter rund 394 Millionen DM vorgesehen.

Hinzu kämen rund 450 Millionen DM für die Beschaffung kurzfristiger Anlagegüter wie zum Beispiel medizinische Geräte und die Tilgung von Darlehen. Zum Sanieren der Landeskrankenhäuser seien außerdem rund 48 Millionen DM für die beiden nächsten Jahre vorgesehen. jv